

Pressespiegel vom 05.10.2011

Sächsische Zeitung

Jenaer Pfarrer ruft Dresdner zum friedlichen Protest auf

Von Franziska Dähn

Der umstrittene Geistliche Lothar König will am 13. Februar wieder in Dresden dabei sein – gern in Hörweite der Nazis.

Von „Machtarroganz“ der Behörden spricht er und von der „Opfermentalität“ der Stadt Dresden. Der umstrittene Jenaer Jugendpfarrer Lothar König hat in den vergangenen Wochen viel Medienöffentlichkeit und, wie er sagt, auch viel unerwartete Solidarität erfahren.

Nach den Demonstrationen am 19. Februar dieses Jahres ermittelt die Dresdner Staatsanwaltschaft wegen aufwieglerischen Landfriedensbruchs gegen ihn – und beschlagnahmte seinen VW-Lautsprecherwagen. Das hält König nicht davon ab, auch für den Februar 2012 sein Kommen anzukündigen. „Von so etwas lasse ich mich doch nicht einschüchtern, das weckt eher noch meinen Widerstandsgeist“, sagt er. Es sei schließlich zu erwarten, „dass die Nazis wieder aufmarschieren und dann bin ich es meinen Unterstützern schuldig“, sagt König. Der neue Lautsprecherwagen sei bereits organisiert, finanziert von der Jungen Gemeinde. „Das kann ich den Dresdnern ja in Rechnung stellen“, scherzt König.

Wichtig ist dem Pfarrer der Protest in Hör- und Sichtweite der Nazis. „Da gibt es eindeutige Urteile dazu, sonst ist der Protest doch wirkungslos.“ Er bittet die Dresdner, gewaltfrei zu bleiben. Zugleich befürwortet er vehement Sitzblockaden. „Ich greife dabei niemanden an, ich schade niemandem. So etwas stellt – außer in Sachsen – keine Straftat dar.“ In Thüringen würden in so einem Fall nicht einmal die Personalien aufgenommen, sagt König. Wenn er auf die Demonstrationen im vergangenen Jahr zu sprechen kommt, redet er sich in Rage. Er habe vor der Frauenkirche einen Platzverweis erhalten und nicht auf den Heidefriedhof gedurft, „aber die Nazis sind da durchmarschiert. Uns haben sie noch nicht mal einen Grund genannt.“ In Jena wäre dies seiner Ansicht nach so nicht passiert.

Dem Jugendpfarrer ist das Gedenken um den 13. Februar in Dresden zu sehr verordnet und fremdbestimmt. „Die Gegendemonstranten kommen doch von außerhalb.“ Er wünscht sich mehr Engagement im Alltag gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und dass sich die Dresdner verstärkt mit der eigenen Geschichte auseinandersetzen: „Dieser Nazi-Mythos von der wehrlosen, schönen Stadt, der stimmt doch so nicht.“ Dresden sei ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt gewesen, 20.000 Wehrmachtsoldaten seien hier stationiert gewesen. „Warum finden hier diese Demos statt, wo doch andere Städte viel stärker bombardiert wurden?“, fragt König.

Er würde der Stadt gern empfehlen, eine Weile ganz auf das verordnete Gedenken zu verzichten. „Einfach mal sieben Jahre Ruhe.“ Der Pfarrer möchte damit nicht das private Trauern verhindern. Der politische Akt des Gedenkens diene derzeit jedoch „einzig und allein den Nazis, die hier jährlich marschieren können“, sagt König.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2879335>

Dresdner Neueste Nachrichten

Jenaer Jugendpfarrer Lothar König wirft sächsischen Behörden Diffamierung vor

dpa

Dresden. Der Jenaer Jugendpfarrer Lothar König bleibt ein scharfer Kritiker der sächsischen Justiz. König warf den Behörden am Dienstag vor, Demonstranten gegen die Neonazi-Aufmärsche vom Februar in Dresden zu „diffamieren, isolieren und kriminalisieren“. Das erinnere ihn an die Vorgehensweise der Stasi zu DDR-Zeiten, auch wenn man beides nicht vergleichen könne. „Sie wollen den Widerstand gegen Nazi-Protteste brechen“, hielt König den Ermittlern vor. Die Dresdner Staatsanwaltschaft hat den Geistlichen auch wegen aufwieglerischen Landfriedensbruchs im Visier. König bestreitet, bei den Protesten am 19. Februar 2011 zu Gewalt gegen Polizisten angestachelt zu haben.

König war am Dienstag auf einer öffentlichen Fraktionssitzung der Linken im sächsischen Landtag zu Gast. Neben Königs Tochter Katharina - Landtagsabgeordnete der Grünen in Thüringen - erschien auch seine Anwältin Kristin Pietrzyk. Zu Beginn wurde zunächst ein Beitrag der ZDF-Fernsehsendung „Frontal 21“ über den Fall König gezeigt. In einer Szene forderte eine Stimme per Lautsprecher Demonstranten zum Weitergehen auf. Polizisten sind da noch etwa 100 Meter entfernt und befinden sich nur in loser Formation auf der Straße. König macht in dem Beitrag geltend, dass die Demonstranten Angst vor der Polizei hatten und er ihnen diese Angst nehmen wollte.

700 Seiten Ermittlungsakten mit vielen Unwichtigkeiten

Der Staatsrechtler Martin Kutscha kommentierte das Geschehen und empfand, dass der Pfarrer „eher mäßigend“ auf die Demonstranten einwirkt. In einer anderen Szene ist die Stimme des Pfarrers zu vernehmen, wie er der Polizei einen friedlichen und gewaltfreien Protest zusichert. König wertete sein Handeln am Dienstag auch rückblickend als „deeskalierend“. In 700 Seiten Ermittlungsakten gegen ihn seien viele unwichtige Sachen enthalten. „Ich glaube nicht, dass ein Staatsanwalt daraus eine Anklage bauen kann.“ Die Dresdner Staatsanwaltschaft teilte auf Anfrage mit, die Ermittlungen noch im Oktober abschließen zu wollen.

Ermittlungen gegen König wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ wurden schon im August vorläufig eingestellt. Polizisten aus Sachsen hatten am 10. August die Wohnung Königs durchsucht und neben einem Lautsprecherwagen auch den Computer und Schriftstücke des Pfarrers beschlagnahmt. König selbst war zu diesem Zeitpunkt im Urlaub. Die Razzia löste auch in Kirchenkreisen Kritik und Unmut aus. Zunächst gab es widersprüchliche Angaben, ob die Behörden in Thüringen über die Aktion informiert waren. Anderslautende Äußerungen wies Sachsens Regierung zurück. Thüringens Landesregierung sah keinen Grund zu offizieller Kritik am Vorgehen der sächsischen Ermittler.

© DNN-Online, 04.10.2011, 16:52 Uhr

<http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail/-/specific/Jenaer-Jugendpfarrer-Lothar-Koenig-wirft-saechsischen-Behoerden-Diffamierung-vor-3178361145>

Pfarrer Lothar König erhebt in Dresden harte Vorwürfe gegen Sachsens Justiz

Jürgen Kochinke

Dresden (DNN). So voll war der Raum A 400 schon lange nicht mehr. Überall drängen sich Journalisten und Kameraleute, dazwischen sitzen drei Dutzend Mitarbeiter und Abgeordnete. Es ist der Sitzungssaal der Linken im Landtag, und es steht Außergewöhnliches auf dem Programm: Angekündigt hat sich Lothar König, der Jugendpfarrer aus Jena, es ist sein erster öffentlicher Auftritt seit jener Razzia im August, die ihn bundesweit in die Schlagzeilen gebracht hat.

Und dann kommt der Geistliche: klein, Rauschebart, Halbglatze - und alle denken: Dieser Mann, starker Raucher und 57, soll Mitglied einer linksextremen Kampfsportgruppe sein. Kaum wahrscheinlich. Doch genau in diese Richtung zielten die Ermittlungen zuerst. Nun aber geht es um die Razzia sächsischer Polizisten in der Jungen Gemeinde in Jena, eine Aktion weitgehend unabgestimmt mit den Thüringer Behörden. Die Ermittler werfen König "aufwieglerischen Landfriedensbruch" vor, er soll Gegendemonstranten beim Dresdner Neonazi-Aufmarsch per Lautsprecher zu Gewalt gegen Polizisten angestachelt haben.

König selber hält das für abwegig. Ja mehr noch: Ihm, der in der DDR unerfreuliche Bekanntschaft mit der Stasi gemacht hat, kämen "fatale Erinnerungen hoch". Das Ziel, sagt er in den Saal, sei ihm aus SED-Zeiten vertraut: "Isolieren, diffamieren, kriminalisieren". Damit solle offensichtlich der Protest gegen Neonazis "gebrochen werden". Bei Sachsens Linken rennt er damit offene Türen ein, schließlich haben die Ermittler auch deren Fraktionschef André Hahn im Visier - aus ähnlichen Gründen. Dabei hatte ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages erst kürzlich jeden Ermittlungsansatz im Falle Hahn ins juristische Nirwana verwiesen. Grund: Weder die Gesetzeslage auf Bundes- noch auf Landesebene gebe das her.

Für König ist das Ausdruck des speziellen Klimas in Sachsen, besonders in Dresden. Und in der Tat liegen bisher lediglich zwei Videomitschnitte zum angeblichen Tathergang vor: Im einen sichert der Pfarrer der Polizei einen gewaltfreien Protest zu; im anderen gibt es eine Passage, wo er "seine" Gegendemonstranten ermuntert, weiter zu gehen - weil die postierten Polizisten "nicht schwer bewaffnet" seien.

Während einer Raucherpause vor dem Sitzungssaal geht König genau darauf ein. Tenor: Die Jugendlichen seien schlicht verängstigt gewesen, er habe ihnen die Sorge nehmen wollen. "Wir haben nichts Verbotenes gemacht", erklärt er sein Vorgehen, "wir müssen doch keine Angst haben vor der Polizei." Schließlich habe auch diese zu keiner Zeit verkündet, dass eine Demo zu unterbleiben habe. Diese Version deckt sich laut interner Aussage von Ermittlern mit bisherigen Erkenntnissen der Polizei. Das nährt Zweifel, ob es der Staatsanwaltschaft gelingt, ein Verfahren gegen König zu eröffnen - es sei denn, es tauchten neue Beweise auf.

Rückendeckung erhält König auch aus Jena. OB Albrecht Schröter (SPD) sagt, er könne keine hundertprozentige Aussage treffen, aber immerhin so viel: Er habe den 57-Jährigen nie als gewaltbereit erlebt. Mit seiner keineswegs einfachen Klientel mache der Jugendpfarrer seit Jahren gute Arbeit. Und dann bringt es Schröter auf den Punkt: "König geht weit", sagt er, "damit seine Jugendlichen nicht zu weit gehen."

Aus den Dresdner Neuesten Nachrichten vom 05.10.2011.

© DNN-Online, 04.10.2011, 20:30 Uhr

http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail?p_p_id=DetailPortlet_WAR_queport&p_p_lifecycle=1&p_p_state=normal&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-1&p_p_col_pos=5&p_p_col_count=7&DetailPortlet_WAR_queport_querystring=Pfarrer-Lothar-Koenig-erhebt-in-Dresden-harte-Vorwuerfe-gegen-Sachsens-Justiz-2104607915

Mitteldeutscher Rundfunk

Ermittlungen nach Anti-Nazi-Demo in Dresden : Jenaer Pfarrer König kritisiert sächsische Ermittler

Der Jenaer Pfarrer Lothar König hat den Ermittlungsbehörden in Dresden vorgeworfen, Teilnehmer von Demonstrationen gegen die Nazi-Aufmärsche in der sächsischen Landeshauptstadt im Februar kriminalisieren zu wollen. Bei einem Besuch der Linke-Fraktion im sächsischen Landtag am Dienstag sagte König, offenbar solle der Protest gegen Rechts mittels Einschüchterung und Angst gebrochen werden. Die Staatsanwaltschaft Dresden ermittelt gegen den Jenaer Jugendpfarrer, weil dieser Demonstranten zu Gewalt gegen Polizisten aufgestachelt haben soll. König bestreitet das.

Der evangelische Pfarrer war am Dienstag Gast bei einer öffentlichen Sitzung der sächsischen Linke-Fraktion. Gegen ihn wird wegen aufwieglerischen Landfriedensbruchs ermittelt. Weitere Ermittlungen wegen des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung waren bereits im August eingestellt worden. Dazu sagte König am Dienstag, bei Recherchen zu den Vorwürfen hätten sich regelrechte "schwarze Löcher" aufgetan. So habe er die anderen beschuldigten Mitglieder der angeblichen Vereinigung überhaupt nicht gekannt. Bei dieser soll es sich laut Ermittlungsbehörden um eine linke "Schlägertruppe" handeln, die gezielt gegen Rechtsextreme vorgehe.

König vermutet hinter dem Vorgehen der sächsischen Ermittlungsbehörden gegen ihn politische Motive. Bei den bisherigen Teilnehmern der Proteste solle die Angst geschürt werden, ebenfalls ins Visier der Ermittler zu geraten. "Es ist beängstigend, was hier in Sachsen abgeht", sagte er.

Umstrittene Hausdurchsuchung in Jena

Sächsische Polizisten hatten am 10. August die Wohnung und Diensträume Königs in Jena durchsucht, wo der Pfarrer die evangelische Junge Gemeinde leitet. Das Vorgehen der sächsischen Ermittler hatte bei der evangelischen Kirche für Empörung und bei der Thüringer Landesregierung für Verstimmung gesorgt. Allerdings erklärten die Regierungen von Thüringen und Sachsen nach einer gemeinsamen Sitzung Mitte September diese "Irritationen" für erledigt.

Zuletzt aktualisiert: 04. Oktober 2011, 20:47 Uhr

http://www.mdr.de/sachsen/razziakoening108_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html

Gutachten des Bundestages : Zweifel an Ermittlungen gegen Demo-Blockierer

Die Dresdener Staatsanwaltschaft ermittelt möglicherweise rechtswidrig gegen Demonstranten, die im Februar 2010 und 2011 in Dresden genehmigte Aufzüge von Neonazis blockiert hatten. Wie die "Tageszeitung" (taz) berichtet, legt diesen Schluss ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages nahe. Demnach könnten weder das sächsische Versammlungsgesetz noch das Bundesversammlungsgesetz angewendet werden. Derzeit sind laut "taz" in Sachsen noch 50 Verfahren aus dem Jahre 2011 und vier aus dem Jahre 2010 wegen des Verdachts auf Verstoß gegen die Versammlungsgesetze anhängig.

Gutachten legt "Strafbarkeitslücke" nahe

In dem Gutachten, das vom Justiziar der Linken-Bundestagsfraktion, dem Abgeordneten Wolfgang Neskovic, in Auftrag gegeben wurde, ist dem Bericht zufolge von einer "Strafbarkeitslücke" die Rede. Grund sei das verfassungswidrige sächsische Versammlungsgesetz, das vom nahezu gleichlautenden Bundesversammlungsgesetz ersetzt wird. Das Versammlungsgesetz des Freistaates, gegen das die Gegendemonstranten verstoßen haben sollen, dürfe demzufolge nicht mehr angewendet werden. Neskovic forderte deshalb, alle Verfahren aus dem "Tatzeitraum" von Januar 2010 bis April 2011 sofort einzustellen.

Gesetzliche Norm "nicht mehr existent"

Das Landesverfassungsgericht in Leipzig hatte das sächsische Versammlungsgesetz im April 2011 rückwirkend zum Januar 2010 gekippt. Der Grund waren formale Fehler in dem Gesetz gewesen. Zum Zeitpunkt der Anti-Nazi-Demonstration am 19. Februar 2011 war es also nicht gültig gewesen. "Die Norm gilt nunmehr als von Anfang an nicht mehr existent und kann daher nicht mehr Grundlage strafrechtlicher Ermittlungen und Verurteilungen sein", zitiert die "taz" aus dem Gutachten des Bundestages.

Bundesgesetz ebenfalls nicht anwendbar

Auch das Bundesversammlungsgesetz, auf welches die Dresdner Staatsanwaltschaft und das sächsische Justizministerium sich nun berufen, ist nach Ansicht der Gutachter des Bundestages nicht anwendbar. Es dürfe "die Einleitung eines Strafverfahrens für Taten für den Zeitraum zwischen Verkündung und Nichtigerklärung wegen der dargestellten Strafbarkeitslücke nicht möglich sein", zitiert die "taz" aus dem Gutachten. Den Demonstranten würde sonst nachträglich eine höhere Strafe drohen, dies verstoße gegen das im Grundgesetz verankerte Prinzip des Rückwirkungsverbotes. Im außer Kraft gesetzten sächsischen Versammlungsgesetz war für die Blockade einer Demonstration eine Höchststrafe von zwei Jahren Haft vorgesehen gewesen, im Bundesgesetz drei Jahre.

Ermittlungen gegen vier Linken-Fraktionschefs

Die Dresdner Staatsanwaltschaft ermittelt unter anderem gegen den Linken-Fraktionschef im Sächsischen Landtag André Hahn, seinen Thüringer Amtskollegen Bodo Ramelow sowie die beiden Fraktionsvorsitzenden im Hessischen Landtag Janine Wissler und Willi van Ooyen. Den Politikern wird vorgeworfen, am 13. Februar

2010 einen Marsch Rechtsextremer am Jahrestag der Bombardierung Dresdens verhindert zu haben. Der Immunitätsausschuss des Sächsischen Landtages hatte Ende vergangener Woche beschlossen, dass die Immunität des sächsischen Fraktionsvorsitzenden aufgehoben werden soll. Die endgültige Entscheidung wird allerdings im Plenum des Landtages getroffen.

Zuletzt aktualisiert: 04. Oktober 2011, 22:01 Uhr

http://www.mdr.de/sachsen/dresden/gutachten-zu-blockaden100_zc-cf5ff0a4_zs-6689deb8.html
